Jeden Tag nach Hause.
Willkommen an Bord.
There's no better way to fly.
Lufthansa
A STAR ALLIANCE MEMBER

Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 25. Dezember 2004 115. Jahrgang Nr. 31.490

Jeden Tag nach Hause.
Willkommen an Bord.
There's no better way to fly.
Lufthansa
A STAR ALLIANCE MEMBER

Menem kommt zurück

Ex-Präsident will weiter politisch aktiv sein

Buenos Aires (AT/AG) - Nach einem beinahe einjährigen Aufenthalt in Chile kehrte Ex-Präsident Carlos Menem am Donnerstagabend nach Argentinien zurück. Begleitet von seinem Bruder Eduardo Menem und Anwalt Pedro Baldi landete Carlos Menem mit dem Privatflugzeug auf dem Flughafen in der Stadt La Rioja. Empfangen wurde er von seiner Tochter Zulema Eva Menem Yoma, anderen Familienmitgliedern, Freunden und alten Parteigenossen. Vor über 11.000 Anhängern hielt der Ex-Präsident noch am selben Abend in La Rioja eine Rede, in der er die gegenwärtige Politik als gescheitert und die Regierung als inkompetent kritisierte.

Der Weg für die Rückkehr nach Argentinien wurde Carlos Menems durch die Aufhebung der zwei internationalen Haftbefehle geebnet. Die Bundesrichter Jorge Urso und Norberto Oyarbide, hatten die Haftbefehle im April bzw. im Mai erlassen, nachdem der Angeklagte zu den festgelegten Terminen zu Aussagen nicht erschienen war. In der vergangenen Woche entschied das Bundesgericht, Carlos Menem von der Untersuchungshaft wegen der Hinterziehungen beim Bau der Gefängnisse zu befreien. Der Bundesrichter Jorge Urso legte lediglich fest, dass sich Carlos Menem schriftlich verpflichten müsse, bei Vorladungen zu erscheinen.

Am Montag hob Bundesrichter Norberto Oyarbide den zweiten Haftbefehl auf, den er wegen illegaler Bereicherung, Geldwäsche, Urkundenfälschung und Vermögensunterschlagung erlassen hatte. Der prekärste Anklagepunkt ist ein vermutetes Konto des Ex-Präsidenten in der Schweiz, dessen Guthaben 600.000 US-Dollar betragen soll. Der Bundesrichter verordnete eine Kaution von 3 Mio. Pesos, die Carlos Menem nach der Vermittlung seines Anwalts Petro Baldi nicht selber zahlen muss. Seine Tochter, Politiker und Unternehmer hinterlegten Garantien. Als seine Bürgen traten sein Bruder, Senator Eduardo Menem, die Ex-Senatoren Héctor Maya und Luis Rubeo sowie der Ex-Gesundheitsminister Julio César Aráoz auf. Carlos Menem, gegen den beide Verfahren weiter laufen, wird jeden Monat beim Bundesgericht seines Wohnortes erscheinen müssen.

Vor der Ankunft erklärte Carlos Menem, er würde bei der Präsidentenwahl 2007 als Kandidat auftreten. Seine politische Tätigkeit in Argentinien sehe er jetzt in der Bündelung der oppositionellen Kräfte. Angekündigt wurde ebenfalls eine mögliche Zusammenarbeit mit Ricardo López Murphy, dem Parteichef von „Wiedererschaffen“ (Recrear). López Murphy dementierte dies jedoch entschieden. „Wir suchen eine Alternative, ohne zurückzublicken. Und Menem ist bereits Vergangenheit“, unterstrich der Führer von Recrear.

Ein bescheidener Schritt

Klimagipfel endete mit einem Mini-Kompromiss

Buenos Aires (dpa) - Die 10. UN-Klimakonferenz in Buenos Aires ist nach einem Verhandlungsmarathon am Samstag vergangener Woche mit einem Minimalkompromiss zu Ende gegangen. Die Delegierten einigten sich auf ein Treffen zur Zukunft des Klimaschutzes im Mai in Bonn. Nach langem Tauziehen zwischen der Europäischen Union (EU) und den Entwicklungsländern der Gruppe der 77 sowie China wurde eine Formulierung gefunden, die das Bonner Treffen zum Ausgangspunkt für die Aushandelung neuer Klima-Verpflichtungen machen kann, aber nicht muss. Umweltschützer sprachen von einem „ernüchternden Resultat“ und warfen den USA Blockadepolitik vor.

Die EU habe die „Tür zur klimapolitischen Zukunft“ unbedingt aufstoßen wollen, sagte der deutsche Unterhändler Karsten Sach. Dies ist nach Ansicht der EU mit der Vereinbarung eines neuen Treffens auch gelungen. Die Entwicklungsländer hatten jedoch Befürchtungen, sich durch die Hintertür eine Begrenzung ihrer Emissionen und damit einen Bremsschuh für ihre wirtschaftliche Entwicklung einzuhandeln. Die USA, die sich zunächst gegen jedes weitere Treffen gesträubt hatten, stimmten schließlich auch zu. Auch beim bis zuletzt strittigen Punkt der Freigabe von Anpassungsfonds für ärmere Länder gab es eine Lösung. Saudi-Arabien hatte die Freigabe der Gelder für besonders vom Klimawandel betroffene ärmere Staaten zunächst blockiert, indem es auch für sich Kompensationen für den beabsichtigten geringeren Ölverbrauch forderte. In die Ausgleichsfonds will die EU 400 Millionen Dollar pro Jahr einzahlen. Weitere 10 Millionen Dollar haben andere Länder zugesagt.

Die EU und andere Industriestaaten wie Kanada und Japan äußerten sich trotz der großen Schwierigkeiten dennoch zuversichtlich, weil das Kyoto-Protokoll gegen den Widerstand der Amerikaner im Februar in Kraft tritt. Die Zusatzvereinbarung zur Klimarahmenkonvention von 1992 sei ein „wichtiger erster Schritt, dem aber weitere folgen müssen“, sagte der deutsche Umweltminister Jürgen Trittin. Der Minister kritisierte, dass einzelne Staaten, „namentlich die USA ausgerechnet zusammen mit der OPEC“ versuchten, Fortschritte beim Klimaschutz zu blockieren. Die Umweltorganisation WWF sprach von einem „sehr bescheidenen Ergebnis“.

Für die EU-Präsidentschaft sagte der niederländische Umwelt-Staatssekretär Pieter van Geel, der Kompromiss von Buenos Aires sei ein Schritt in die richtige Richtung. „Es ist nicht so viel, wie wir erhofft haben, aber es ist ein Schritt vorwärts - und das ist wichtig.“ Die EU könne nicht alleine gegen den Klimawandel kämpfen. „Für einen Tango braucht man zwei. Ich bin sehr glücklich, dass nun alle auf der Tanzfläche sind.“

Fest vor der Zeit

Streikende Müllfahrer ließen die Stadt im Müll versinken

Buenos Aires (AT/AG) - Schwarze Rauchwolken, Berge von Müllbeuteln und der unangenehme Geruch auf der Straße waren die spürbaren Zeichen des sich zuspitzenden Konflikts zwischen den Müllfahrern und den vier Müllunternehmen. Der Konflikt begann bereits in der vergangenen Woche. Die Müllfahrer lehnten den Vorschlag ab, den die Unternehmen ihnen am Montag im Arbeitsministerium unterbreitet hatten, und kündigten für Dienstag einen siebenstündigen Streik an. Der Streik verwandelte sich in ein Müllfest. Zwischen 14 und 21 Uhr schütteten die Müllfahrer den Müll auf der Avenida de Mayo aus, unter anderem vor dem Regierungsgebäude der Stadt, und zündeten ihn an. Darüber hinaus drohte die Transportarbeitergewerkschaft einem Generalstreik im ganzen Land an.

Im kommenden Jahr läuft der Vertrag der Stadt mit den vier bisherigen Konzessionären aus. Fünf neue Unternehmen, darunter auch einige alte, die in veränderter Zusammenseztung auftreten, werden die Aufgaben in der Zukunft übernehmen. Der Vertrag der Stadt mit den Konzessionären sieht vor, dass die neuen Unternehmen ihre Mitarbeiter neu einstellen. Die Müllfahrer betrachteten sich aus diesem Grund als entlassen und forderten eine Entschädigung für insgesamt etwa 4000 Angestellte.

Die Unternehmen weigerten sich, die Entschädigung zu zahlen. Dabei wurden sie auch von der Stadtregierung unterstützt, die die Forderung der Müllfahrer als ungerechtfertigt einstufte, da sie von den neuen Unternehmen übernommen würden. Ebenfalls wurde den Müllfahrern die Anrechnung des Dienstalters zugesichert. „Sie fordern 180% Entlassungsentschädigung und die Anerkennung ihrer Dienstalters. Das ist unmöglich. Wir haben ihnen angeboten, das Dienstalter anzurechnen, aber keine Entschädigung zu zahlen“, sagte ein Vertreter der Unternehmen.

Der Generalsekretär der Gewerkschaft, Sebastián Maciel, erklärte, ein solcher Vorschlag zeige den „Mangel an Respekt“. Zu den Forderungen der Gewerkschaft gehören darüber hinaus bessere Arbeitsbedingungen, man vermutet außerdem die Entlassung von etwa 1000 Mitarbeitern. Der Gewerkschafter Pablo Moyano kritisierte die Unsicherheit der vergangenen Monate: Die Mitarbeiter hätten nicht gewusst, von wem sie übernommen und wo sie arbeiten würden. „Wir werden kämpfen, bis alle Angestellten die Entschädigung bekommen“, sagte Moyano.

Am Donnerstagnachmittag verordnete das Arbeitsministerium die Beilegung des Streites für zehn Arbeitstage. Die Müllfahrer gingen darauf ein und werden während Feiertagen für die Sauberkeit in der Stadt sorgen, sie ließen jedoch wissen, dass sie von ihren Forderungen nicht zurücktreten. Für den kommenden Montag ist eine neue Verhandlungssitzung vorgesehen.

Krise im Aussenamt

Mit keinem seiner Minister unterhält Präsident Kirchner gespanntere Beziehungen als mit dem Leiter des Aussenamtes Rafael Biel-sa. Nach vorherigen Zwischenfällen brach dieser Tage eine neue Krise aus. Im Mittelpunkt befand sich der Wunsch der kubanischen Gehirnneurologin Dr. Hilda Molina, aus Kuba ausreisen zu dürfen, um ihre argentinischen Enkel kennen zu lernen. Ihr Sohn Roberto Quiñones hatte Kuba vor vielen Jahren verlassen, nachdem er eine Argentinierin geheiratet hatte, die ihm zwei Söhne schenkte. Dr. Molina hatte die Kinder nie zu Gesicht bekommen, weil sie aus Kuba als Wissenschaftlerin nicht ausreisen durfte.

Ihr Wunsch, zu den Jahresendfeiern nach Argentinien fliegen zu dürfen, wurde vom kubanischen Diktator Fidel Castro stets abgelehnt. Dr. Molina war als Jugendliche begeisterte Anhängerin Castros gewesen, hatte nachher eine erfolgreiche Laufbahn als Gehirnneurologin absolviert, wurde mehrmals ausgezeichnet und bekleidete auch vorübergehend das Amt einer Parlamentarierin. Später wandte sie sich vom Castrismus ab und der katholischen Kirche zu. Seither wird sie als angebliche Dissidentin in Kuba bespitzelt und darf das Land nicht verlassen. Ihr wissenschaftlich trainiertes Gehirn gilt für kommunistische Vorstellungen als Besitzstand Kubas. Von Menschenrechten sicherlich keine Spur, weder zugusten der Familie noch der Freizügigkeit, aus- und einreisen zu dürfen, ohne behelligt zu werden.

Dieser Fall, der seit Monaten die Beziehungen Präsident Kirchners zu seinem Freund Fidel Castro belastet, explodierte gegen Ende der Vorwoche, nachdem Dr. Molina mit ihrer Mutter zur argentinischen Botschaft in Havanna schritt und Einlass forderte, anderenfalls sie sich mit ihrer Mutter vor der Botschaft angekettet hätte.

Aussenminister Bielsa, der Roberto Quiñones persönlich kennt, setzte sich für die Ausreise Molinas ein. Sein Kabinettschef Eduardo Valdés, der ihm politisch sehr nahe steht, bemühte sich pausenlos, die Ausreise der Ärztin zu erreichen. Vergeblich. Schliesslich regte Valdés an, dass Präsident Kirchner einen persönlichen Brief an Castro mit der Bitte um die Ausreise Molinas richtete, in dem er den Diktator und Menschenrechtsverächter Castro als Freund apostrophierte.

Der Vorstoss erwies sich als eine Blamage. Castro gab nicht nach und beschränkte sich darauf, die Reise Quiñones und der Kinder zu erlauben mit zugesagter Ausreise. Darauf ging Quiñones nicht ein. Auch ein Familientreffen in einem dritten Land, eventuell Venezuela oder Spanien, lehnte Castro ab.

Die Blamage erboste Kirchner, der Bielsa befahl, seinen Vertrauten Valdés sowie den Botschafter Raul Taleb fristlos zu entlassen. Taleb war auf Empfehlung des justizialistischen Gouverneurs von Entre Ríos, Jorge Busti, ernannt worden, obwohl ihm jegliche diplomatische Erfahrung fremd war. Er befand sich zur Zeit der Krise in Buenos Aires. Kirchner wollte offenbar signalisieren, dass er auf eine falsche Empfehlung von Valdés den Brief geschrieben hatte, ohne dass vorher eruiert worden wäre, ob Castro darauf positiv reagieren würde, wie der Diktator es kurz vorher gegenüber europäischen Regierungen zur Entlassung verurteilter Dissidenten getan hatte.

Aussenminister Bielsa beugte sich dem Befehl Kirchners, anstatt selber auch zu demissionieren, wie es politischen Gepflogenheiten entsprechen würde. Kirchner ratifizierte dem Aussenminister öffentlich sein Vertrauen, während der Vizeaussenminister Jorge Taiana, der mit seinem Chef verfeindet ist, als früherer Montonero offenbar politische Schützenhilfe geniesst. Angeblich erhofft Taiana, dass er als Nachfolger Bielsas ernannt werden würde. Der bisherige Sekretär Bielsas, Aníbal Gutiérrez, übernahm die Nachfolge von Valdés. Als neuer Botschafter in Havanna wurde Darío Alessandro ernannt, derzeit Unterstaatssekretär für Lateinamerika im Aussenamt und ebenso wie Bielsa früherer Frepaso-Politiker in unheiliger Allianz mit den Radikalen.

Wie immer auch diese blamable Episode ausgehen mag, sie zeigt Kirchner im Zwielicht seiner Aussenpolitik, die zwischen seiner Neigung zugunsten Castros trotz dessen offener Missachtung der Menschenrechte seit bald einem halben Jahrhundert, und der Beziehung zur Supermacht USA schwankt. Castro zu kritisieren, würde in der Sicht Kirchners so viel bedeuten, wie Handlanger der US-Politik zu werden, was keinesfalls zutrifft. Zudem scheut sich Kirchner, seine politischen Freunde aus dem Lager der Montoneros zu brüskieren, sollte er allzu forsch gegen Castro vorgehen.

Jede Regierung muss aussenpolitisch die Interessen ihres Landes vertreten, darunter auch die Verteidigung der Menschenrechte, wo immer sie verletzt werden. Kirchner beruft sich in seiner Innenpolitik gerne auf die Verteidigung der Menschenrechte im Rückblick auf die blutigen siebziger Jahre, drückt aber beide Augen zu und stuft die kubanische Verletzung der Menschenrechte als eine innere Angelegenheit ein, die ihn nichts angeht. In der Folge sprühen die Funken, wenn eine Spannung wie im Fall von Dr. Hilda Molina zu einer Krise führt, die vorerst zwei Köpfe im Aussenamt gekostet haben, wiewohl weitere Kapitel folgen mögen.

SERVICIOS DIGITALES
WWW.MULTIMEDIA.COM.AR
CD Rom / Touch-Screen
Web / Video Digital
3D / Animaciones
(5411)4703-5509
www.multimedia.com.ar

Junge Polizei mit Ansehen

Buenos Aires (AT/AG) - Sieben Monate nach der Ankündigung wird die sogenannte Zweite Polizei der Provinz Buenos Aires Wirklichkeit. In einem festlichen Akt in Mercedes stellten am Montag Felipe Solá, Gouverneur der Provinz Buenos Aires, und sein Sicherheitsminister León Arslanian die ersten frisch ausgebildeten Polizeitruppen vor. Insgesamt 340 Polizisten, darunter 154 Frauen, werden am 3. Januar mit ihrer Arbeit in einem der kritischsten Bezirke der Provinz, San Martín, beginnen.

Die jungen Polizisten werden in den ersten Monaten auf ihren Patrouillen von den älteren Kollegen aus der Provinzpolizei begleitet werden. Die neuen Truppen unterstehen gleichzeitig der Provinzpolizei, dem Grenzschutz und der Küstenwache. Mit dieser einmaligen dreifachen Zuordnung erhofft man sich, effektiver gegen die Kriminalität vorgehen zu können. „Die Kriminalität profitierte davon, dass wir uns aufteilten und diskutierten“, sagte Gouverneur Felipe Solá. „Aber wir teilen uns nicht auf, sondern wir vereinigen uns. Wir wollen, dass die Polizei wieder Ansehen genießt.“

Zu der sechsmonatigen Ausbildung in der Universität La Matanza gehörten unter anderem Vorlesungen über das Verfassungsrecht, das Strafrecht und die Menschenrechte. Darüber hinaus arbeitete man in Diskussionsgruppen und Seminaren. Abgerundet wurde das Studium durch körperliche Übungen, Simulationen und praktische Arbeit auf dem Gelände.

Die Bildung der neuen Parallelpolizei war aber mit einigen Schwierigkeiten verbunden. Der Sicherheitsminister hatte anfangs geschätzt, es würden sich ungefähr 4000 Personen um die ausgeschriebenen Stellen bewerben. Statt dessen übertraf die Anzahl der Interessenten nicht 2000. Nach der ersten Auswahl blieben lediglich knapp 400 Kandidaten übrig, deren Zahl während der Ausbildung auf 340 zusammenschrumpfte.

Die zweite Runde scheint vielversprechender zu sein. 600 Neuanfänger werden im Januar mit ihrem Studium beginnen, um in der zweiten Hälfte des Jahres im Bezirk Lomas de Zamora eingesetzt zu werden. Dem werden die Bezirke Quilmes, La Matanza, Morón und San Isidro folgen.

Randglossen

Mit dem ihm eigenen politi-schen Kampfgeist kehrte Expräsident Carlos Saúl Menem aus dem chilenischen Exil in seine Heimatprovinz La Rioja zurück. Bundesrichter Oyarbide hatte die von Verwandten und Freunden geleistete Bürgschaft von drei Millionen Pesos als gültig eingestuft, die dafür gut stehen, dass sich Menem jeder richterlichen Einberufung fristgemäss stellt. Menem ist stets bereit, vor den Richtern zu erscheinen, sofern ihm garantiert wird, dass er nicht mit Hausarrest bestraft wird, ehe ein Urteil gefällt wird. Unterdessen schickt sich der unentwegte Politiker an, abermals in die wahlpolitische Arena einzusteigen und sich 2007 zum vierten Mal als Präsidentschaftskandidat zu stellen. Seine bis dann 77 Jahre stören Menem überhaupt nicht, der wie die Katzen das Mausen die Politik nicht lassen kann.

Vor der Heimkehr Menems plä-dierte Hilda „Chiche“ Duhalde, Gattin seines innerjustizialistischen Intimfeindes Eduardo Duhalde, für die Eingliederung des Expräsidenten in die justizialistische Partei, damit Menem zusammen mit Duhalde und Präsident Kirchner für die Parteieinheit sorgt. Der Vorstoss Chiches, die selten eine andere Meinung als die ihres Gatten ausdrückt, zielt darauf ab, die Zwistigkeiten innerhalb der massgebenden Partei Argentiniens auszubügeln. Zuletzt konnte sich die Partei nicht auf einen einzigen Präsidentschaftskandidaten einigen, so dass sie mit drei verschiedenen Kandidaten in die Wahl zog, von denen keiner offizieller Parteikandidat war. Zusammen sammelten sie etwa 60 Prozent aller Stimmen, getrennt konnte keiner eine Mehrheit mustern, die für Regierungsfähigkeit gesorgt hätte. Inzwischen segelt die Partei führungslos dahin, als ob in zehn Monaten keine allgemeinen Wahlen anstünden.

WOCHENÜBERSICHT

Kuba-Botschafter

Darío Alessandro, Untersekretär für Lateinamerikanische Politik im Auswärtigen Amt, wurde am Montag von Präsident Néstor Kirchner zum neuen Botschafter Argentiniens in Kuba nominiert. Der ehemalige Abgeordnete der Front für ein solidarisches Land (Frepaso) war die rechte Hand des früheren Vizepräsidenten Carlos Alvarez gewesen. Die offizielle Ernennung werde sich jedoch unter Umständen bis März verzögern, da dieses Jahr keine weiteren Sitzungen im Senat geplant seien, teilte die Regierung mit. Im Bezug auf die Schlichtung des Konflikts zwischen Argentinien und Kuba, der durch die Familie Molina ausgelöst worden ist, sagte der künftige Botschafter: „Argentinien wird sich auch weiterhin dafür einsetzen, dass sich die Mitglieder der Familie Molina treffen können“.

Lorenzetti wurde Richter

Mit der Eidabnahme durch den Präsidenten des Obersten Gerichtshofes, Enrique Petracchi, ist Ricardo Lorenzetti zum neuen Richer der höchsten richterlichen Instanz des Landes geworden und tritt damit an die Stelle des zurückgetretenen Adolfo Vázquez. Der aus Santa Fe stammende Lorenzetti ist nach Juan Carlos Maqueda, der während der Regierungszeit von Ex-Präsident Eduardo Duhalde zum Richter ernannt worden war, erst der zweite Richter des Obersten Gerichtshofes, der aus der Provinz kommt. Die letzte fehlende Richterin, Carmen Argibay, wird voraussichtlich am 3. Februar ihr Amt antreten.

Weihnachtsgeschenk

Die Regierung der Provinz Buenos Aires wird den inhaftierten Sträflingen zu Weihnachts- und Silvesterfeiern ein Treffen mit ihren Familienangehörigen ermöglichen. Etwa 600 Personen werden dadurch ihre Angehörigen in den Gefängnissen der Provinz besuchen können. Darüber hinaus beschloss die Regierung, die Besuchsstunden zu verlängern und den Gefängnisinsassen an diesen Tagen ein besonderes Essen zu servieren, das aus den typischen Weihnachts- und Silvestergerichten besteht.

Haustiere in der Stadt

Unter dem Motto „Der Hund gehört dir, die Stadt allen“ begann die Stadt Buenos Aires mit einer Kampagne, mit der die Stadtbürger, die einen Hund haben, zum konfliktfreien Zusammenleben in der Stadt ermahnt werden sollen. Die jährliche Umfrage der Haushalte zeigt, dass jeder dritte Haushalt in der Stadt Buenos Aires ein Haustier besitze. Die Hygieneabteilung des Sekretariats für Produktion, Tourismus und Entwicklung will deshalb die Bevölkerung zum verantwortungsvollen Umgang mit den Tieren in der Öffentlichkeit anhalten. Ab dem 1. Januar werden die Hundebesitzer und die Personen, die die Hunde ausführen, Strafen von 25 bis 200 Pesos zahlen müssen, wenn sie die Tiere nicht an der Leine führen, sie an den Pfählen oder Denkmälern anbinden bzw. den Hundekot nicht weg-räumen.

Behinderten-schwierigkeiten

Die behinderten Personen haben per Dekret das Recht, kostenlos die U-Bahn und die Busse in der Stadt sowie zwischen den Städten zu benutzen. Dies funktioniere nur zum Teil, stellte die Volksanwaltschaft der Stadt Buenos Aires am Montag auf dem Busbahnhof Retiro fest. Mindestens 25 behinderte Personen versuchten am Montag ihr Recht geltend zu machen, sagte Graciela Muñiz aus der Volksanwaltschaft. Die meisten Busunternehmen weigerten sich jedoch, sie zu befördern, obwohl die entsprechenden Fahrkarten zum Teil vor geraumer Zeit gelöst worden waren und die Busse unausgelastet den Busbahnhof verließen. Trotz Eingriff der Volksanwaltschaft gelang es lediglich sechs Personen, in den gewünschten Bus einzusteigen.

Pause bis Februar

Der Prozess gegen den Bundesrichter Juan José Galeano verzögert sich ein weiteres Mal. Die Anklagekommission des Richterrats verlagerte am Dienstag die Untersuchung der Anklage, die gegen Juan José Galeano wegen grober Fehler bei der Untersuchung des Anschlags auf das jüdische Sozialwerk AMIA vorbereitet wird, auf Februar. Die Abstimmung über die Anklage sollte ursprünglich am kommenden Dienstag stattfinden. Die Abgeordnete María Lelia Chaya bat jedoch um mehr Zeit, um die umfangreiche Anklageschrift lesen zu können, die von ihrer Kollegin Marcela Rodríguez und dem Vertreter der Anwälte Beinusz Szmukler ausgearbeitet worden ist.

Ein Pokal zum Jahresende

Boca Juniors holen die Copa Sudamericana

Buenos Aires (AT/stk) – Die Erleichterung war fast so groß wie der Jubel. Am Freitag vergangener Woche holte Boca Juniors nach einem sportlich verkorksten Jahr wenigstens einen Titel an die Ribera. Die Xeneizes schlugen Bolívar La Paz in der Bombonera mit 2:0 und sicherten sich zum ersten Mal die seit drei Jahren ausgespielte Copa Sudamericana, die nach der Copa Libertadores wichtigste Trophäe des Kontinents.

Den Blau-Gelben genügte eine starke erste Halbzeit, um den 0:1-Rückstand des Hinspiels von La Paz wettzumachen. Bereits in der 14. Minute besorgte Martín Palermo das 1:0. Er vollendete eine aus einem Doppelpass zwischen Andrés Gugliminpietro und Carlos Tevez entsandene Flanke lehrbuchmäßig mit dem Kopf. 13 Minuten später: Ein 30-Meter-Pass von Diego Cagna auf Guillermo Barros Schelotto, dieser legt uneigennützig zurück auf Tevez – 2:0.

Tor zum Abschied - Carlos Tevez verlässt die Boca Juniors. (AP-Foto)

Auch für Tevez, der zum brasilianischen Club Cruzeiro Belo Horizonte wechselt, war es ein versöhnlicher Abschied von Boca. Nach seinen starken Auftritten mit der nationalmannschaft bei der Copa América und den Olympischen Spielen zeigte der 20-Jährige in seinem Verein in den letzten Monaten eher mittelmäßige Leistungen. Im letzten Spiel für die Xeneizes ließ er zumindest ansatzweise seine Klasse aufblitzen, vergab allerdings in der zweiten Halbzeit zwei selbst herausgespielte Großchancen. Immerhin wissen die Boca-Fans, was für einen Spieler sie verlieren. Als der "Apache" 15 Minuten vor Schluss ausgewechselt wurde, verabschiedeten ihn 50.000 "Bosteros" mit stehendem Applaus.

Bei Boca ragten in einer geschlossen starken Mannschaft Kapitän Cagna, Gugliminpietro, Palermo und Raúl Cascini heraus. Bolivars Torhüter Mauro Machado verhinderte mit seinen Paraden eine höhere Niederlage der Gäste.

Nach einem 2. und einem 8. Platz in der argentinischen Meisterschaft sowie zwei Finalniederlagen, in der Copa Libertadores gegen die Kolumbianer von Once Caldas und in der Recopa gegen Cienciano (Peru), war der Titelgewinn für die Boca-Anhänger ein versöhnlicher Jahresabschluss. Viel Wert hat er auch für Interimstrainer Jorge "Chino" Benitez. Der Nachfolger des im Oktober zurückgetretenen Miguel Brindisi wird wohl einen festen Vertrag bekommen.

Teutonias erfolgreichste Rudersaison der Geschichte

Das Foto zeigt den siegreichen Achter in den internen Regatten auf dem Boot „Don Pancho" von Walter Naneder am Schlag und Marcos Morales (Nr. 7) angeführt.

Der Ruderverein Teutonia feierte am vergangenen Sonnabend den Abschluss der erfolgreichsten Rudersaison seiner 104jährigen Geschichte. Auf nationaler und internationaler Ebene erzielten die RVT-Ruderer quantitative und qualitative Erfolge, die den Verein nicht nur in Argentinien sondern jetzt auch in Südamerika auf die absolute Spitzenstellung brachten. Zum dritten Jahr aufeinander gewann der RVT den Ehrenpreis des Argentinischen Ruderverbandes und das Abzeichen der „Liga Naval"als siegreichster und erfolgreichster Ruderverein. In den argentinischen Meisterschaften holten sich die Teutonen nicht weniger als 8 Meistertitel (Achter, Vierer ohne, Zweier ohne, Einer, Leichtgewicht-Doppelzweier, Leichtgewicht-Damen-Einer, Junioren-Einer und Junioren-Doppelzweier) und in den südamerikanischen Titelkämpfen in Valparaiso/Chile 7 Goldmedaillen der 10 argentinischen und 3 Silbermedaillen der 6 argentinischen. Südamerikanisches Gold erfolgte im Achter, Vierer ohne, Zweier ohne, Einer, Damen-Leichtgewicht-Doppelzweier, Junioren-Einer und Junioren-Doppelzweier und Silber im Leichtgewicht-Doppelvierer, im Doppelvierer und Leichtgewicht-Doppelzweier. Die herausragenden Ruderer waren ohne Zweifel Walter Naneder und Marcos Morales, die sowohl am gleichen Tag der argentinischen Meisterschaften in Tigre und südamerikanischen Meisterschaften in Valparaiso je dreimal siegten (Achter, Vierer ohne und Zwier ohne) und auch in Athen 2004 den 10. Gesamtplatz erreichten. Auch brillant war die Leistung des Scullers Ariel Suarez, der nach seinem Meistertitel in Tigre im Einer und Achter auch in Chile sich als bester Skiffer Südamerikas behauptete und anschließend im Achter siegte und im Doppelvierer Silber erruderte. Noch hervorzuheben im RVT-Ruderjahr waren die Olympia-Teilnahmen. Nach Barcelona 1992 (Doppelzweier durch Max Holdö/Guillermo Pfaab) und Sydney 2000 (Leichtgewicht-Doppelzweier mit Ulf Lienhard und Riemenzweier ohne mit Diego Aguirregomezcorta) waren in Athen 2004 nicht weiniger als 5 Teutonia-Vertreter dabei: Neben Walter Naneder/Marcos Morales starteten drei Damen: Analía Marín im Einer und Lucía Palermo/Milka Kraljev im Doppelzweier. Dieses alles wurde mit einem kameradschaftlichen Asado-Essen im schattigen Park im RVT-Klubheim in Villa La Ñata gefeiert. Nach dem Morgen-Programm, bei dem Ruder-Staffeln für die Ruderschule und ein Zweikampf mit 4 km-Lauf und 6 km-Regatta für die offiziellen Ruderer in 2 Teams (Blau und Weiss), eingeteilt vor den zahlreichen Eltern, durchgeführt wurde, ging es zur Auszeichung der erfolgreichen Ruderer

von seiten der Trainer und Leiter über. In der von Prof. Pablo Susini, Juan Abadie und Axel Finsterbusch geleiteten Ruderschule nahmen 90 Kinder teil. In der abschließenden Regatta in Campana holten sie sich zum erstenmal den Pokal als Gesamtsieger. Das offizielle Team, von Trainer Prof. Alejandro Demiddi geleitet und von Prof. Sergio Guaglianone beaufsichtet, setzte sich aus folgenden Ruderern zusammen: Walter Naneder, Marcos Morales, Ariel Suarez, Diego Wehrendt, Juan Abadie, Chirstian Hilbing, Ariel Cabrera, Oscar Farina, Rodrigo Ruiz, Diego López, Mariano Palermo, César Cabrera, Steuermann Walter Sotelo, Lucía Palermo, Analía Marin, Noelia Gratessi, Adrian Gomez, Nicolas Maksimiuk, Gaston Concilia, Franco Guaglianone, Francisco Esteras, und Hector Pío.

AUSFLÜGE UND REISEN

Die Schutzhütten von der Laguna Brava

Nachbildung einer Casucha auf der FIT.

Am 15. Januar 1983 erschien im Argentinischen Tageblatt ein ganzseitiger Artikel von Federico B. Kirbus unter dem Titel „Auf den Spuren der Arrieros in der Hochkordillere“. Darin wurde in Wort und Bild erstmals über jene geheimnisumwobenen Schutzhütten in den Anden berichtet, die unter Mitre und Sarmiento Mitte des 19. Jahrhunderts erbaut worden waren, um den Viehtreibern während der heftigen Schneestürme Schutz zu bieten.

Bis dahin waren diese „Casuchas“ nur den Bewohnern von Tinogasta, Villa Unión oder Vinchina (Catamarca und La Rioja) am Westfuß der Anden bekannt. Durch den Bericht erhielten erstmals weitere Bevölkerungskreise auch in Buenos Aires von den Schutzhütten Kenntnis. Nach und nach - vor allem Dank des Aufkommens von Geländewagen - lernten immer mehr Abenteuerlustige diese weit von der Zivilisation entfernten Häuschen im „Hornero“-Stil kennen.

Heute ist die leblose Hochwüste um der Laguna Brava touristisch bereits so weit erschlossen, dass man entweder mit dem eigenen Fahrzeug die Gegend bereisen, oder aber mit einer organisierten 4x4-Karawane zu den Hütten hinauffahren kann.

Diese Abenteuerreisen sind mittlerweile so populär, dass zur Überraschung vieler Besucher auf der letzten Feria Internacional de Turismo de Buenos Aires (FIT), in den Hallen von La Rural in Palermo, die weitgehend naturgetreue Nachbildung einer dieser Hirtenunterkünfte auf dem Stand der Provinz La Rioja zu sehen war. In zwei Jahrzehnten haben sich somit früher praktisch unzugängliche Objekte wie die Laguna Brava, die Casuchas oder der Cráter Escondido (letzterer allerdings schon auf 5300 Meter Höhe), seinerzeit erstmals durch das AT bekannt gemacht, als echte Produkte für den Abenteuertourismus durchgesetzt.

Hier die Kontaktadressen der Reiseveranstalter, die mit eigenen Geländewagen Ausflüge zur Laguna Brava durchführen: Pepe Orquera, La Rioja, pepe@coronadelinca.com.ar, Tel.: (03822) 435 329, und Alejo Piehl, Chilecito, info@fincadelpaiman.com.ar, Tel.: (03825) 425 102.

Reservierungen in Punta del Este

Wer diese Saison Ferien im benachbarten Uruguay macht, speziell in Punta del Este, kann Mietwagen, Hotels usw. über folgende E-Mail-Adresse reservieren bzw. Tarife erfragen: centraldereservas@adinet.com.uy

Marlú

„Das sind wirklich Hirngespinste“

Schindler-Biographin Erika Rosenberg über das polemische Werk von David M. Crowe

Vor kurzem erschien die neue Biographie über Oskar Schindler von dem amerikanischen Historiker, Holocaust-Forscher und Sachbuchautor David M. Crowe, die sich gegen die heroische Darstellung von Schindler wendet. Crowe zufolge arbeitete Oskar Schindler für die deutsche Spionageabwehr und war Opportunist. Mit der legendären Liste, die Schindler in Spielbergs Film gemeinsam mit seinem Buchhalter Itzhak Stern erstellt, soll er nichts zu tun gehabt haben, da er zu dem Zeitpunkt selbst in Haft war und Stern nicht für ihn arbeitete. Statt dessen soll es neun Listen gegeben haben, von denen vier von einem korrupten jüdischen Kapo namens Marcel Goldberg stammen sollen.

Wir haben mit der Schindler-Biographin Erika Rosenberg gesprochen. In Buenos Aires geboren, wohin ihre Eltern vor den Nazis geflüchtet waren, ist sie als Schriftstellerin, Übersetzerin, Journalistin und Mitarbeiterin der „Deutschen Welle“ tätig. Sie hat u.a. die Bücher „In Schindlers Schatten“, „Oskar Schindlers Memoiren“ und „Ich, Emilie Schindler“ herausgegeben.

AT: Was denken Sie über die neue Biographie von Crowe?

Rosenberg: Das ist wirklich eine Schande. Ich war in Deutschland, als die Biographie erschien, doch es war ausgerechnet an meinem letzten Tag, so dass ich nicht dort Stellung dazu nehmen konnte. Die Biographie zerrüttet völlig das Heldenprofil von Schindler. Ich bin selbst Jüdin und leider sind die meisten meiner Familie umgekommen. Doch wenn sie das große Glück gehabt hätten, auf diese Liste, Schindlers Liste, zu kommen, dann hätte ich jetzt eine größere Familie. Ich habe mich sehr für das Thema Schindler, hauptsächlich für Emilie Schindler eingesetzt, und habe mit der Zeit immer mehr verstanden, wie schwierig es für sie und ihren Mann war, Juden in dieser Zeit zu retten. Was heißt denn jetzt „Er war ein Opportunist und Weiberheld“, wie Crowe sagt. Das spielt doch keine Rolle.

Crowe sagt, dass er ein „gefährlicher Spion großen Kalibers“ gewesen sei, und dass er seine Juden bewaffnet hatte?

Das sind wirklich Hirngespinste. Schindler war ja gar nicht mal so gebildet. Und die Sache, dass er angeblich die Juden bewaffnet hatte, um Aufständige, eine Guerrilla aus ihnen zu machen! Das stimmt alles überhaupt nicht. Woher hätten denn die Waffen kommen sollen, damit Schindler eine Guerrilla-Truppe aus ihnen machen kann. Ich habe sehr viele Dokumente, ich kann vielleicht nicht sagen, dass ich eine Expertin bin, aber ich kann die ganze Geschichte von Crowe widerlegen. Ich verstehe z.B. auch nicht, warum jetzt auf einmal die Sekretärin auch eine Geliebte gewesen sein soll. Das sind erfundene Geschichten.

Stimmt es, dass es neun Listen gegeben hat und Schindler gar nichts mit denen zu tun hatte? Laut Crowe war er in der Zeit in Haft und Stern arbeitete gar nicht für ihn.

Was stimmt, ist, dass Schindler selbst nicht die Listen erstellt hat. Aber das ist nichts Neues, das habe ich auch schon in meinem Buch stehen. Er hat sie beauftragt. Die erste Liste ist 1944 erstellt worden, und Schindler war in der Zeit nicht in Haft! Zudem kann man belegen, dass Stern durchgehend bei Schindler gearbeitet hat und sie immer zusammen waren. Die erste Liste ist also erstellt worden, als das Arbeitslager Plaschow geräumt werden musste. Und einige Monate später musste eine zweite Liste erstellt werden, weil die „Goleschauer-Juden“ dazukamen. D.h. die Liste musste vervollständigt werden. Gegen Ende 44 wurde die erste Liste gemacht und einige Monate später, Anfang 45, die zweite. Es musste alles innerhalb von acht Monaten fertiggestellt werden. Wann hätte man denn Zeit gehabt, um neun Listen zu erstellen? Der Krieg ging ja schon zu Ende. Allein zeitlich gesehen kann es nicht sein. Deswegen ist es so unlo-

gisch, was Crowe schreibt. Ich weiß nicht genau, worauf Crowe hinauswill, aber vieles in seinem Buch ist einfach falsch.

Was ist mit Marcel Goldberg? Crowe schreibt, dass er einige der Listen erstellt hätte.
Die Geschichte von Goldberg ist eine andere. Bevor für die Juden das Ghetto entstand, wussten bereits viele unter ihnen davon. Sie begruben ihr Hab und Gut entweder im Friedhof oder im Garten, weil sie damit rechneten, dass sie eines Tages zurückkommen könnten, um es wieder auszugraben. Goldberg wusste das und ließ sich später von vielen den genauen Platz der Gruben beschreiben, mit dem Versprechen, sie dafür auf die Liste zu setzen. Was er nie gemacht hat. Er machte sich sozusagen reich und kam nach Ende des Krieges nach Argentinien, wo er bis 1987 ein Paschaleben führte. Seinen Namen änderte er um auf Marcel Goldmann. Als er starb, wurde er im jüdischen Friedhof begraben, bis eines Tages seine Verbrechen aufgedeckt wurden und er an die Mauer des Friedhofs umgebettet wurde, wie es der jüdischen Religion nach mit Verbrechern gemacht wird. Diese Goldberg-Geschichte hat er (Crowe) von mir abkopiert, wie auch die Sache mit Ingrid.

Was hat es mit Ingrid auf sich?
Sie hieß eigentlich Eva Kischer und war eine Geliebte von Oskar Schindler. Später heiratete sie einen Herrn Scheuer und wanderte in die USA aus. Sie hielten jedoch

Erika Rosenberg.

(Foto: BK)

ihre Beziehung zu den Schindlers. Als Emilie Schindler und ich ihre Biographie schrieben, wollte Emilie auch etwas zu ihr schreiben, ohne sie jedoch zu verletzen und sagte deswegen: „Sagen wir, sie hieß Ingrid." Es war also ein Code zwischen Emilie und mir. Und woher hat Crowe den Namen Ingrid? Natürlich aus meinem Buch. Das ist eine Schweinerei!

Haben Sie Crowe kennengelernt während seiner Recherche? Hat er versucht, Sie zu kontaktieren?
Das erstemal hörte ich von Crowe im Jahr 2000 im Bundesarchiv Koblenz, als er dort recherchierte. Vor zwei Jahren bekam ich dann einen Anruf von einer Dame, die im Auftrag von ihm anrief. Er wolle rüberkommen und ein Gespräch mit mir führen. Als sie sagte, es ginge um eine Biographie über Oskar Schindler, die er schreiben wolle, fragte ich sie: „Weiß er denn, dass ich die Urheberrechte für die Dokumente habe? Da müssen wir schon drüber sprechen." Und da hat er sich nie wieder gemeldet. Ich glaube kaum, dass er sich sieben Jahre mit dem Thema beschäftigt hat. Ich glaube, als plötzlich der Koffer auftauchte, fiel ihm ein, er müsse was machen. Denn seine Informationen stammen alle aus dem Koffer, aus meinen Arbeiten und aus eigener Erfindung. Er will einfach nur profitieren. Wahrscheinlich wagt er noch eine Verfilmung von seiner Biographie. Und außerdem ist es meiner Meinung nach mit der bestimmten Überlegung, Deutschland schlecht zu machen in der Öffentlichkeit. Ausgerechnet jetzt, 60 Jahre nach Kriegsende. Das ist alles ein Politikum, ich bin da überzeugt davon.

Was hätte Ihrer Meinung nach Emilie Schindler zu der neuen Biographie gesagt?
Emilie Schindler hätte sich über diese Biographie wirklich geärgert, hätte geflucht. Denn eine Sache ist klar, die Ehe ging in die Brüche, sie haben sich nie richtig verstanden, zum Schluss haben sie sich nicht scheiden lassen. Sie war hier und er war drüben, das ist eine Tatsache. Aber eine Sache bejahte immer Emilie, dass Schindler sich wirklich eingesetzt hat für Juden. Sie sagte es selbst, dass sie wussten, dass die SS oder Gestapo sie auf der Stelle erschossen hätten, wenn sie mitbekommen hätten, dass sie Juden geholfen haben. Schindler war natürlich immer in der Mitte. Wenn er ein überzeugter Anti-Nazi gewesen wäre, dann hätte er selber schnell weggemusst. Für mich ist das wichtig, was am Ende rauskommt. Und im Endeffekt sind 1200 Menschen gerettet worden. Und ich kann mich zu Tode ärgern, wenn ich plötzlich etwas lese, was überhaupt nicht stimmt. Man muss sich fragen, was man selbst getan hätte an Stelle der Schindlers. Die hatten Mut gehabt. Und Emilie und ich, wir haben uns wirklich geliebt. Wie soll ich jetzt nicht das Sprachrohr werden von ihrer Geschichte und der ihres Mannes. Ich kämpfe weiter, damit die Geschichte wahrheitsgemäß weitererzählt und nicht verdreht wird. Das habe ich nicht gerne, ich bin auch Historikerin. Und als Historiker muss man die Geschichte als solche betrachten. Und das sind Fakten.

(Das Interview führte Basak Karagöl.)

Verteidigung der Utopie?

Polemik wegen Schließung der Ausstellung von León Ferrari / Angriff auf Galerie Elsi del Río

Buenos Aires (AT/AG) - Die heftigen Proteste bei der Ausstellungseröffnung des eigenwilligen Künstlers León Ferrari im Kulturzentrum Recoleta vor knapp vier Wochen waren offensichtlich nur die erste dunkle Wolke im sich zusammenbrauenden Gewitter der Anfeindungen. Nachdem zuerst die großen Sponsoren des Kulturzentrums ihre Unterstützung zurückgezogen haben, musste die Ausstellung, die in drei Wochen 30.000 Besucher angezogen hatte, am Samstag vergangener Woche schließen. Vorläufig, steht im Gerichtsurteil.

Und die Begründung lautet: Eine Ausstellung, die die religiösen Gefühle der Bevölkerung verletzt, darf nicht in öffentlichen Räumen, die der Stadt Buenos Aires gehören, präsentiert werden.

Die Warnhinweise, dass die Gläubigen sich in ihren Gefühlen angegriffen fühlen könnten, seien unzureichend gewesen, beschloss Verwaltungsrichterin Elena Amanda Liberatoni nach dem persönlichen Besuch der Ausstellung am Mittwoch vergangener Woche.

Das Gericht entschied damit zugunsten des Klägers, nominell des Verbandes „Cristo Sacerdote", der drei Tage nach der Eröffnung Klage eingereicht hatte. An seiner Spitze steht Pfarrer Xavier Ryckeboer, Theologieprofessor der Katholischen Universität UCA.

Tausende von Künstlern, Schriftstellern und Bürgern versammelten sich am Sonntag vergangener Woche zu Protest- und Unterstützungsaktionen auf dem Platz vor dem Kulturzentrum. „Nicht eine Person oder ein Werk verteidigen Sie hier heute, sondern das Recht von jedem, seine Meinung zu äußern", sagte der Künstler León Ferrari zu den Anwesenden. Die Generalstaatsanwältin der Stadt, Alejandra Tadei, legte am Montag gegen die Entscheidung Liberatonis Berufung ein. Es sei die Aufgabe des Staates, die Freiheit der Meinungsäußerung zu gewährleisten, argumentierte sie.

In Solidarität mit León Ferrari wurde am Donnerstag in Asunción, in Paraguay, eine Ausstellung mit den Werken des angegriffenen Künstlers eröffnet. Selbst mit dem Titel „Verteidigung der Utopie" (En defensa de la utopía) setzen sich die Ausstellungsorganisatoren für die Freiheit der Kunst und gegen die Zensur ein.

Ein Teil der Bevölkerung von Buenos Aires scheint inzwischen auf jeden ungewöhnlichen Umgang mit religiösen Symbolen in der Kunst sensibel zu reagieren. In der vergangenen Woche schlug eine Gruppe von Schülern aus einem kirchlichen Gymnasium in der Galerie Elsi del Río im Stadtteil Palermo die Fensterscheiben ein.

Der Grund dafür sind die Arbeiten der Künstlerin María Belén Lagar, die unter anderem Statuetten zeigt, die aus Maria und Puppen zusammengesetzt sind. Die Künstlerin beabsichtigte jedoch mit ihren Werken keine Provokation.

Auf die enge Verbindung von Kindheit und Religion hinzuweisen, die beide heutzutage unter Verindustrialisierung leiden, war ihre Absicht.

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Der frei benannte Dollarkurs betrug Donnerstag nachmittags $ 2,98. Die Terminkurse betrugen zum 31.12. $ 2,965, 31.1. $ 2,970, 28.2. $ 2,985, 31.3. $ 2,990, 29.4. $ 3,000 und 31.5. $ 3,010.

***

Der Mervalindex stieg in der Berichtswoche zum Mittwoch um 6,1% auf 1.322,37, der Burcapindex um 2,6% auf 2.991,87 und **der Börsenindex um 4,0% auf 54,253,96.**

***

Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgweicht in Liniers) fiel in der Berichtswoche um 7,2% auf $ 1,8927.

***

Die Gold-, Devisen- und Anlagenreserven der ZB betrugen am 17.12.04 U$S 19,44 Mrd., der Banknotenumlauf $ 35,83 Mrd. Eine Woche zuvor waren es U$S 19,13 Mrd. bzw. $ 35,22 Mrd., einen Monat zuvor U$S 18,74 Mrd. bzw. $ 31,91 Mrd. und ein Jahr zuvor U$S 13,50 Mrd. bzw. $ 28,26 Mrd.

***

Der Deckungskoeffizient der Devisenreserven in Pesos zum Tageskurs bezogen auf die monetäre Basis, betrug am 20.12.04 110,7%.

***

Obwohl das vorläufig geänderte Konzessionsabkommen mit dem Wasserver- und -entsorger von Gross Bue-nos Aires, Aguas Argentinas, zu Monatsende abläuft, konnte die Regierung die Neuaushandlung noch nicht durchsetzen. Es werde mit einer Einigung Mitte 05 gerechnet. Kernprobleme sind die Tarife, die Einstellung der Prozesse bei internationalen Körperschaften und die Umschuldungen.

***

S. Taselli, u.a. Konzessionär der Metropolitano-Eisenbahn (Roca- und Belgrano Surstrecken) und Inhaber zahlreicher Unternehmen, hat nach dreimonatigen Verhandlungen die argentinische Parmalatniederlassung erworben. Der Kaufpreis betrug E 1,- und Übernahme der Schulden. Parmalat hatte bis Ende 03 mit 1.300 Mitarbeitern $ 190 Mio. Jahresumsatz. Sie kontrolliert die Fabriken der ehemaligen Lactona, eine Trockenmilchfabrik in der Vorstadt Pilar und eine Tomatenverar-beitung.

***

Das Gastgewerbe läuft in Buenos Aires auf Hochtouren. 03/4 hat die Stadtregierung 1.864 neue Restaurants, Kaffeehäuser, Bars und Pizzerias bewiligt, nachdem 01/2, bei vielen Schliessungen, kaum Neueröffnungen beantragt wurden. Nach Gewerkschaftsangaben hat die Zahl der Angestellten in der Branche gegenüber 02 um 35% auf 38.254 zugenommen.

***

Das Abgeordnetenhaus der Provinz San Luis hat der Schaffung von San Luis Telecomunicaciones zugestimmt. Es ist eine AG mit staatlicher Mehrheit, die mit Telefónica de Argentina konkurrieren wird. Die Provinzregierung werde einen Anfangsbeitrag von $ 1 Mio. leisten, vorgesehen seien $ 83 Mio. in 3 Jahren. Damit soll ein Netz für die Bewohner des Provinzinneren geschaffen werden. Geboten werden private und öffentiche Fernsprechdienste, Rundfunk-, Fernseh- und Internetsignale. Die Regierung werde 51% halten, die Privatbeteiligungen sollen besonders von Telefongenossenschaften und Kabelfernsehgesellschaften kommen.

***

Kleine und mittelständische Unternehmen (Pymes) die exportieren, werden künftig über langfristige Kredite verfügen, um ihre Konkurrenzfähigkeit zu erhöhen und sich am internationalen Handel zu beteiligen. Das Programm ist auf 3 Jahre ausgelegt und wird von der staatlichen Bice Bank (Banco de Inversión y Comercio Exterior), der Interamerikanischen Entwicklungsbank (BID) und der Internationalen Finanzkörperschaft (IFC) finanziert. Jede der 3 trägt U$S 10 Mio. bei. Es sollen Kredite von U$S 500.000 bis U$S 4 Mio. auf 8 Jahre mit 24 Monaten Karenz gewährt werden. Diese Finanzierung ist um 3 Jahre länger als die derzeit längste am Platz gebotene.

***

Der Verband der Kfz-Konzessionäre (Acara) hat festgestellt, dass 04 die meisten Kfz-Verkäufe ohne Finanzierung durchgeführt wurden. 80% wurden bar oder gegen einen Gebrauchtwagen mit Barzahlung des Preisunterschiedes erworben. Sparpläne haben die Finanzierung gegen Pfandkredite verdrängt. Von den über 300.000 Kfz die bis Jahresende verkauft werden sollen, werden über 240.000 Barverkäufe sein, etwa 20.000 durch Sparpläne und knapp 40.000 mit Bankkrediten.

***

Die Firmen Franchino, Negocios Inmobiliarios und Arapuc werden gemeinsam den Bellini-Wolkenkratzer errichten. Das 37stöckige Gebäude mit 20.000 qm bebauter Fläche wird an der Salguerostrasse, zwischen Cerviño und Seguí, im Stadtteil Palermo, stehen.

***

Der Fischfang hat sich 04 erholt und wird 415.000 t erreichen, gegen 334.000 t 03, 359.000 t 02, 249.000 t 01 und 194.000 t 2000. 1995 wurden 584.000 t erreicht, 1996 604.000 t und 1997 585.000 t, wobei diese Mengen zu gross waren und den Bestand verringerten, was 2000 zu einer Katastrophe führte. Die für 04 zugelassene Menge liegt etwas über der vom Fischereinistitut INIDEP empfohlenen, was auf Rekurse bei der Justiz zurückzuführen ist. Erst 06 werden neue definitive Lizenzen erteilt werden können, da es bei 50 Schiffen von einer Gesamtflotte von 600 Unregelmässigkeiten bei der Zuteilung der Quoten gab, so dass alles revidiert werden muss. Auf alle Fälle ist die Vergabe von Fangrechten recht willkürlich; nur eine Versteigerung oder eine Ausschreibung würde ein objektives Kriterium darstellen. Dagegen sträuben sich jedoch die zuständigen Beamten, weil die Vergabe von Quoten die Möglichkeit von interessanten Schmiergeldern schafft.

***

Die Zeitung „Clarín“ meldet, dass die von Hugo Moyano geführte Gewerkschaft der Lastwagenchauffeure sich für die Übernahme der Belgrano-Eisenbahn interessiert, angeblich zusammen mit den Firmen Cargill, Aceitera Deheza, Roggio, Emepa u.a. Diese Frachteisenbahn wird gegenwärtig von der Gewerkschaft der Eisenbahner verwaltet, die jedoch keine Möglichkeit hat, weiterzumachen, da hohe Investitionen notwendig sind. Ausserdem hat der Staat die zugesagte Subvention von 50 Mio. jährlich nicht gezahlt. In den 70er Jahren beförderte diese Eisenbahn 4 Mio. t, 03 waren es unter 1 Mio. Von den 10.000 km Schienen werden knapp über die Hälfte befahren, wobei von vielen Strecken die Schienen und Schwellen (aus Quebrachoholz) gestohlen wurden.

***

Ein jüngstes Gesetz erlaubt die Schenkung von Lebensmitteln, bei denen fehlerhafte Etiketten oder andere Unregelmässigkeiten bestehen, die jedoch die Qualität der Ware nicht beeinträchtigen, wobei die Schenker von einer eventuellen Verantwortung befreit werden. Bisher zogen es viele Unternehmen vor, bestimmte Partien zu zerstören, statt sie zu schenken, um sich nicht Prozessen ausgesetzt zu sehen.

***

Die Rindfleischausfuhren der ersten 11 Monate 04 betrugen um 51 t mehr als die des gesamten Vorjahres. Insgesamt hat das Senasa Amt 430.000 t Hiltonschnitte, frisches und verarbeitetes Fleisch, Innereien und Gedärme für U$S 956,86 Mio. gemeldet. Die Hiltonschnitte an die EU betrugen 27.220 t für U$S 194,23 Mio., mengenmässig um 2% und wermässig um 14% mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum.

***

Wirtschaftsminister Lavagna gab Darlehen der Interamerikanischen Entwicklungsbank (BID) von U$S 200 Mio. für die argentinische Landwirtschaft bekannt. Mit ihnen würden Regionalproduktionen gefördert, Ausfuhren gesteigert und Arbeitsplätze geschaffen werden. Es sei ein alter Kredit, der neuen Bestimmungen zugeführt werde, besonders der

$ 1 Mrd. für zwei Wärmekraftwerke

Nach sechs gescheiterten Versuchen, einen Investmentfonds zu schaffen und den E-Werken schrittweise Grosshandels-Tariferhöhungen zu bewilligen, konnte die Regierung 22 E-Werke bewegen, sich an der Finanzierung von zwei Wärmekraftwerken nahe Rosario zu beteiligen.

Die E-Werke treten dem Foninvemem benannten Fonds, der von der Regierung mit den Beträgen geschaffen wird, die sie den E-Werken schuldet, bei, und investieren über ihn 65% bis 100% der angesammelten und zu erwartenden Regierungsschulden, die nach Berechnungen des Energiesekretariates knapp $ 1 Mrd. betragen bzw. betragen werden, in die beiden Gas-Dampf Kombikraftwerke.

Um die Zustimmung der Unternehmen zu erreichen, erklärte die Regierung sich bereit, sie beim Bau und Betrieb der neuen Werke, die 2007 anlaufen sollen, mitwirken zu lassen. Jene, die der „amtlichen Einladung“ nicht folgen, müssen mindestens zwei Jahre warten, um ihre rückständigen Guthaben zu kassieren, desgleichen die neuen, die die Stromgrosshandels-Überwachungsbehörde Cammesa von ihnen ansammelt. Sie entstehen aus den Kostenunterschieden, wenn die Stromerzeuger gezwungen werden, von billigerem Erdgas auf teureres Heizöl überzugehen, ohne den Preisunterschied abwälzen zu dürfen. Er geht vertraglich zu Lasten der Cammesa, die ihn schuldig bleibt.

Mit der Bildung des Foninvemem-Fonds beginnen die Fristen für die gewährten Tarifanpassungen. Sie sollen in den darauffolgenden zwei Jahren bei den Grosshandelspreisen 70% betragen, zu denen die dreimonatigen Saisonanpassungen und die Erhöhungen der Stromtransport- und -verteilerkosten kommen werden.

Anschliessend die E-Werke mit dem Prozentsatz ihrer Forderungen, mit dem sie dem Fonds beitreten: Hidro. Ameghino 65%, Mediterránea (ex-Enron) 65%, Central T. Güemes 65%, El Chocón 65%, Central Dock Sur 65%, Mendoza Cogenerador 65%, C. Térmicas Mendoza 65%, Central Cos-tanera 65%, AES Juramento 65%, AES Paraná 65%, Hidro. San Juan 65%, C. Térmica San Nicolás 65%, AES Alicurá 65%, Siderca 65%, Generadora Córdoba 100%, C. Costa Atlántica 100%, Piedra del Aguila 65%, Central Dique 65%, Central Puerto 65%, Genelba 65%, Pichi Pecún Leufú 65% und Central Piedrabuena 65%.

Unterschiedliche Entwicklung der Exporte

Ein Bericht des Landwirtsschafts-Unterstaatssekretariates zufolge haben die Ausfuhren landwirtschftlicher Erzeugnisse in den ersten 9 Monaten 04 im Vorjahresvergleich wertmässig um 13% zu- und mengenmässig um 6% abgenommen.

Die Ausfuhren von Erzeugnissen wie Sojabohnen, Weizen, Mais, Rindfleisch und Obst stiegen aufgrund besserer internationaler Marktpreise von U$S 12,52 Mrd. auf U$S 14,11 Mrd. Der Sojabereich betonte seinen beherrschenden Anteil an den Gesamtausfuhren, von 44% Sojabohnen, -öl und -mehl auf 46%. Es folgen Weizen und Mais mit je 7% der Gesamtausfuhren und Fleischprodukte mit 6%.

Bei verarbeiteten landwirtschaftlichen Erzeugnissen legten im selben Vorjahresvergleich Baumwolle und Textilien 117% zu und Molkereiprodukte 102%, besonders wegen der starken Nachfrage nach Trokkenmilch. Auch die Bereiche verarbeitetes Geflügel- und Rindfleisch sowie Reis verzeichneten bedeutende Ausfuhrzunahmen. Die Honigausfuhren gingen hingegen um 40% zurück.

Hauptabnehmer landwirtschaftlicher Erzeugnisse war weiter die EU mit 26% Anteil, vor China 14%, Brasilien 9% und den USA 5%.

Auslandsschuld per 30.9.04: U$S 167,15 Mrd.

Die gesamten argentinischen Schulden gegenüber Gläubigern, die im Ausland wohnhaft sind, machten per Ende September laut INDEC U$S 167,15 Mrd. aus. Das umfasst sowohl staatliche wie private Schulden, jedoch nicht die Schulden gegenüber Gläubigern, die im Inaland wohnhaft sind. Die Gesamtschuld ist von U$S 166,18 Mrd. im Dezember 2001, Anfang 2002 steil gesunken, bis auf U$S 156,91 Mrd. im September und U$S 156,87 Mrd. im Dezember 2002. Im Jahr 2003 nahm die Schuld dann stark zu, so dass sie im Juni schon U$S 163,30 Mrd. ausmachte, und danach mit Schwankungen im September 2004 den Stand von Dezember 2001 übertraf.

Die Zunahme gegenüber Juni 2004 betrug U$S 1,72 Mrd, was knapp über 1% ausmacht. Die Schulden des Staates nahmen um U$S 2,54 Mrd. zu, während die Privatwirtschaft ihre Verschuldung um U$S 803 Mio. verringerte.

Die Zahlungsbilanz weist für das 3. Quartal 2004 eine Kapitalflucht von U$S 68 Mio. aus, gegen U$S 232 im 2. Quartal und U$S 1,76 Mrd. im 3. Quartal 2003. In 9 Monaten 2004 betrug die Kapitalflucht U$S 329 Mio., gegen U$S 4,77 Mrd. im ganzen Jahr 2003 und U$S 12,76 Mrd. 2002. Die ausländischen Unternehmen mit Filialen in Argentinien haben im 3. Quartal U$S 831 Mio. ins Ausland überwiesen, gegen nur U$S 118 Mio. im 2. Quartal und U$S 436 Mio. im 3. Quartal 2003.

Aus der Zahlungsbilanz der ersten 9 Monate 2004 und den Zusatzdokumenten ergibt sich u.a. folgendes:

- Die Devisenreserven der ZB nahmen um U$S 4,17 Mrd. zu.
- Die Zahlungen an internationale Finanzinstitutionen betrugen netto U$S 1,36 Mrd.
- Der Staat und die Privatwirtschaft zahlten Zinsen für rund U$S 3 Mrd. an ausländische Gläubiger.
- Die Unternehmen haben Gewinne in Höhe von U$S 2,08 Mrd. überwiesen.
- Für Frachten, Versicherungen u.a. Dienstleistungen wurden U$S 1,56 Mrd. gezahlt.
- Vom Handelsbilanzüberschuss von U$S 10,36 Mrd. wurden 40% für die Reservenerhöhung und der Rest für verschiedene Zahlungen aufgewendet.
- Personen und Unternehmen mit Wohnsitz in Argentinien, besitzen im Ausland Aktiven für U$S 126.50 Mrd., was 75% der argentinischen Auslandsschuld entspricht. Davon entfallen auf Bankdepositen um die U$S 30 Mrd, und ebenso viel auf verzinsliche Anlagen und solche, die keine Zinsen tragen. Ausserdem bestehen U$S 18,23 Mrd. in direkten Investitionen, davon U$S 4,47 Mrd. in Immobilien und U$S 13,76 Mrd. in Investitionen in Unternehmen. Seit Beginn der Krise, im Dezember 2001, haben die Auslandsaktiven um etwa U$S 20 Mrd. zugenommen.

Bewässerung und Schädlingsbekämpfung. Ein weiterer Kredit von U$S 25,9 Mio. sei vom Internationalen Entwicklungsfonds für die Landwirtschaft, der von der UNO abhängt, bewilligt worden.

***

Die Landwirtschaftsverbände Federación Agraria und Coninagro haben Beschwerde geführt, dass das für die Landwirtschaft unerlässliche Dieselöl in Gebieten des Landesinneren knapp sei. Sie fordern das Eingreifen der Regierung. In Erwartung künftiger Preiserhöhungen hätten viele Lieferanten die Versorgung verringert oder eingestellt. Die beschuldigte Repsol-YPF stritt sowohl Preiserhöhungen als Lieferungsbeschränkungen ab. Gegenüber Ende 03 hätten ihre Lieferungen um 20% zugenommen.

***

Die Provinz Buenos Aires gab Unterstützungspläne für die Viehwirtschaft bekannt. Sie würden Kredite der Provinzbank für $ 100 Mio. zu einem subventionierten Jahreszinssatz von 8% enthalten. Der Impulso Ganadero benannte Plan peile 07 die Erhöhung des Rinderbestandes um 1 Mio. Kälber an. Die Kredite könnten für das Zurückhalten zeugungsfähiger Kühe, den Kauf von Zuchtstieren und die Aussaat von Weideland eingesetzt werden. Ausserdem würden die Viehzächter technischen Beistand erhalten.

***

Der ehemalige Aerolíneas Präsident J.C. Pellegrini und der niederländische Flugzeughersteller Fokker wollen Flugverbindungen zwischen wichtigen Städten des Südens schaffen. Der Plan wird von der Provinzregierung von Neuquén und der gemischten Neuquéntur Fremdenverkehrsförderung unterstützt. Es sollen San Martín de los Andes, Caviahue, Rincón de los Sauces, Chol Malal, in Neuquén, Malargüe, in Mendoza, und San Carlos de Bariloche, in Rio Negro, angeflogen werden. Unter dem Firmennamen Línea Aérea Patagónica sollen Maschinen für 100 Fluggäste eingesetzt werden. Die 5 notwendigen Maschinen für U$S 10 Mio. sollen im Leasing erworben werden. Eventuell würde die stillgelegte Fluglinie TAN (Transporte Aéreo Neuquino) erworben werden, deren einzige Aktiven die Streckenbewilligungen sind.

***

Das Kapital der Banco Empresario, Tucumán, soll an der neuen Börse der Provinz mit $ 22 Mio. aufgestockt werden. Die ZB muss noch die Zustimmung erteilen. Durch die Umwandlung in eine AG soll die Genossenschaftsbank gerettet werden.

***

Die Anfang Juni 04 angekündigten Projekte zur Erweiterung der Kapazität der Gasleitung TGS (aus dem Süden) und TGN (aus dem Norden) warten immer noch auf Regierungsentscheidungen, so dass sie noch nicht in Angriff genommen worden sind und somit kaum im Winter 05 in Betrieb genommen werden können, wie es vorgesehen war. Die entsprechenden Abkommen zwischen der Regierung un den Unternehmen wurden am 3. November unterzeichnet; aber das Wirtschaftsministerium hat bisher die Garantien nicht unterzeichnet, die notwendig sind, damit die ZB die Rückzahlung des Kredites der BNDES-Bank für U$S 142 Mio. durchführen kann. Ausserdem soll zu diesem Zweck ein Überpreis auf das Gas verfügt werden, wobei die Unternehmen fordern, dass dies nicht durch Beschluss des Energiesekretariates, sondern durch Gesetz erfolge. Der Techint-Konzern (mit der brasilianischen Odebrecht, der schwedischen Skanska und der lokalen Contreras Hnos.) und SOCMA (Macri-Gruppe, mit der brasilianischen Camargo Correa) bemühen sich inzwischen um die Aufträge für den Bau der Erweiterungen. Am 17. Dezember wurden beide technisch qualifiziert, und am 30. sollen die Umschläge mit den Preisangeboten geöffnet werden.

***

Guillermo Gotelli, ehemaliger Grossaktionär und Direktor von Alpargatas, hat faktisch die Zuteilung für die 2 Sportschuhfabriken der in Konkurs geratenen Gatic in Pigué, Provinz Buenos Aires, erhalten. Er hat am 9. Dezember $ 4,5 Mio. für die Fabriken geboten, nachdem eine gerichtliche Ausschreibung mit einem Mindestpreis von $ 9,5 Mio. keine Interessenten fand. Am Dienstag ist die Frist abgelaufen, die der Richter festgesetzt hatte, damit andere Interessenten bessere Offerten einreichen können, wobei sich niemand gemeldet hat.

***

Durch Gesetz 25.964 (Amtsblatt vom 22.12.04) wurde eine Gebühr von 2,50% auf den Betrag der Klagen (einschliesslich Bussen) beim Verwaltungsgericht für Steuer- und Zollangelegenheiten („Tribunal Fiscal de la Nación“) festgesetzt. Der Prozentsatz der Gebühr wird auf ein Drittel herabgesetzt, wenn es sich um Ausnahmen handelt, die den Prozess beenden, und auch wenn der private Kläger die Klage vor der Übertragung an die AFIP zurückzieht. Die Gebühr wird den Prozesskosten einverleibt und im selben Verhältnis von den Parteien getragen, wie es normalerweise der Fall ist. Diese Gebühr soll nicht nur dem genannten Verwaltungsgericht mehr Einnahmen schaffen, sondern auch Klagen entmutigen, bei denen der Kläger weiss, dass er nicht Recht hat, jedoch versucht, dadurch die Zahlung hinauszuschieben. Bei diesem Gericht gilt das Prinzip „solve et repete“ nicht, wie es sonst bei der Justiz der Fall ist.

***

Die Regierung will die Mindestentlohnung in den nächsten 6 Monaten auf $ 750 im Monat anheben. Der nicht abgabenpflichtige Zusatzlohn von $ 100 ab dem kommenden Monat und die bereits angeordneten $

50 sollen ab April 05 den Löhnen und Gehältern eingegliedert werden. Durch neue Dekrete soll die Mindestentlohnung von heute $ 450 auf einen Betrag erhöht werden, der über dem des Grund-Lebenshaltungskorbes liegt.

***

Das Wirtschaftsministerium gab für 05 die Bereitstellung von $ 700 Mio. bekannt, um Zinssätze von Krediten für Produktionsvorhaben kleiner Unternehmen zu subventionieren. Im Vorjahr wurden dafür $ 500 Mio. zur Verfügung gestellt, von denen $ 251 Mio. für Zinssubventionen für Kapitalgüter und $ 195 Mio. für Arbeitskapital-Subventionen, alle von 2 Prozentpunkten, verwendet wurden. Das ergab für kleine und mittelständische Unternehmen (Pymes) Zinssätze von 6,18% bis 10,13%.

***

Die Roggiogruppe hat als einzige ein Angebot für die Ausschreibung der Müllentsorgung von Buenos Aires Stadt, Ceamse (Coordinación Ecológica Area Metropolitana Sociedad del Estado), eingereicht, die Planung, Errichtung und Betrieb der Bodenauffüllung mit Müll, einschliesslich zweier Zwischenlager, in der Provinz Buenos Aires, fordert. Das U$S 45 Mio. Vorhaben verlangt die Bereitstellung einer 300 ha grossen Landfläche, die weniger als 150 km von der Stadt Buenos Aires enfernt ist, um dort monatlich 60.000 t Müll abzuladen. Ausserdem werden zwei Zwischenlager im Südgebiet von Gross Buenos Aires gefordert, sowie ein Transportsystem zwischen ihnen und der End-ablagerung, auf der Parkanlagen zu entstehen haben. Die Laufzeit beträgt 10 Jahre. Von den U$S 45 Mio. werden U$S 26 Mio. vom Fonplata (Fondo para el Desarrollo de la Cuenca del Plata - Entwicklungsfonds für das La Platabecken) bereitgestellt. Die Regierungen der Stadt und der Provinz Buenos Aires werden die restlichen U$S 19 Mio. beitragen, einschliesslich der Gemeindegebühren für die Annahme des Mülls.

***

Paraguays Bauten- und argentiniens Planungsminister werden am 4. und 5. Januar erneut über die Pegelerhöhung des Yacyretástaudammes verhandeln. Die Stromlieferung soll vorerst, durch eine Pegelerhöhung von 76m auf 77m, um 10% erhöht werden. Die Entschädigungen für die Umsiedlung durch entstehende Überschwemmungen betroffener Einwohner müssen vorher festgelegt werden. Ende 05 soll der ursprünglich mit 83 m berechnete Pegel auf 78 m ansteigen.

***

21 Unternehmen kamen in die vorläufige Auslese für Förderungen durch beschleunigte Amortisationen und MwSt-Rückerstattungen beim Kauf von Kapitalgütern. Die Förderung soll 5.000 neue Arbeitsplätze schaffen, davon 1.150 für Führungspersonal, wie im Wirtschaftsministerium verlautete. Weitere 6 Firmen werden noch bewertet und 16 müssen zusätzliche Unterlagen beschaffen, die meisten von ihnen sind Pymes.

***

Die Provinzregierung von Neuquén investiert über die staatliche Patagonia Ferrocanal SA $ 5 Mio. in die FCTS (Ferrocarril Transandino del Sur) Transandenbahn. Sie wird Argentinien mit chilenischen Häfen verbinden. Die Provinz will Mittel einschiessen, bis das Interesse von Privatinvestoren geweckt ist.

***

Terminal de Cargas Argentina (TCA), Nachfolger der Edcadassa, hat die Erweiterungsarbeiten im Flughafen Ezeiza abgeschlossen. In der Einfuhrabteilung wurden 2.000 qm neuer Lagerraum und 1.500 zusätzliche Lagerabteile geschaffen.

***

Der Unterstaatssekretär für öffentliche Einnahmen, S. Montoya, hat den Banken mit Strafgeldern von $ 30.000 gedroht, falls sie Banksafes eines der 35.000 grossen Steuerhinterzieher in der Provinz Buenos Aires nicht anmelden.

***

Wirtschaftsminter Lavagna kündigte die Absicht an, die Exportzölle für reine Industrieprodukte (MOI, Manufacturas de origen industrial) abzuschaffen. Von den rund $ 10 Mrd. die an Exportzöllen eingenommen werden, entfallen nur $ 400 Mio. auf diese Produkte. Die Industrieprodukte auf der Grundlage landwirtschaftlicher Rohstoffe haben schon den Vorteil, dass diese einen höheren Exportzoll zahlen als die Industrieprodukte, so dass sich für diese eine Differenz ergibt. Aber die reinen Industrieprodukte verwenden weitgehend importierte Rohstoffe. Zunächst sollte diese Abschaffung nur für Kfz und deren Teile gelten, da dies den kompensierten Austausch mit Brasilien stört, bei dem die Importe weit über den Exporten liegen, die durch diese Exportsteuer benachteiligt sind. Schliesslich wurde jedoch beschlossen, dies zu verallgemeinern. Das Staatsekretariat für Industrie, Handel und mittlere und kleine Unternehmen, geleitet von Alberto Dumont, muss jetzt die Einzelheiten ausarbeiten, wobei sich hier auch die Frage stellt, ob die Exportrückvergütungen („reintegros"), die für diese Industrieprodukte gelten, selektiv beibehalten, verrigert oder abgeschafft werden.

***

Das Zentrum für Produktionsstudien (CEP, Centro de Estudios para la Producción), abhängig vom Unterstaatsekretariat für Industrie, rechnet für 05 mit einer Exportzunahme um 3,1% auf U$S 34,95 Mrd. Die Importe würden zwischen U$S 25,2 und U$S 26 Mrd. liegen, und der Handelsbilanzüberschuss zwischen U$S 8,95 und U$ 9,75 Mrd.

***

Wirtschaftsminister Lavagna erklärte, die Wertpapierkommission der USA (SEC, Securities and Exchange Commission) habe dem Umtausch der defaultierten Staatsbonds zugestimmt, nachdem die Treuhandbank (Bank of New York) ernannt worden sei. Somit könne der Umtausch, wie vorgesehen, am 17. Januar beginnen.

***

Schatzsekretär Carlos Mosse gab bekannt, dass der Primärüberschuss der Finanzen des Nationalstaates (ohne Zinsen) im November $ 1,09 Mrd. erreicht habe, womit er in 11 Monaten $ 19,4 Mrd. beträgt, fast doppelt so viel wie das Plansoll für ganz 04 von $ 10,8 Mrd. Für Dezember wird ein Defizit erwartet, wegen der Vorverlegung der Zahlung der Beamtengehälter vom Dezember plus des halben zusätzlichen Jahresgehaltes, sowie durch die Verschiebung des Vorschusses auf die Gewinnsteuer, von Dezember auf März. Der Überschuss wird somit 04 bei 4% des BIP liegen. Wenn man den Überschuss der Provinzen addiert, der mit $ 8,26 Mrd. in 11 Monaten 1,9% des BIP beträgt, gelangt man auf fast 6%, doppelt so viel wie die mit dem IWF vereinbarten 3%, von denen 2,6% auf den Nationalstaat und 0,4% auf die Provinzen entfallen.

***

Wirtschaftsminister Lavagna erklärte, bis zum 30. November seien 85% der im Haushaltsgesetz vorgesehenen Ausgaben effektiv ausgegeben worden. 05 sollen die Einnahmen 24% des BIP und die Ausgaben 23% betragen.

***

Lavagna wies darauf hin, dass die Provinzen dank Vorschüssen der ZB ihre monetären Bonds für $ 7,4 Mrd. vorzeitig zurückkaufen konnten. Doch die Gesamtsumme der Schulden der Provinzen und Gemeinden gegenüber dem Nationalstaat, die dieses Jahr umgeschuldet worden seien, betrage $ 33,38 Mrd. 04 habe der Nationalstaat an Steuerbeteiligungen $ 28,09 Mrd. an die Provinzen überwiesen, 42% mehr als die $ 19,76 Mrd. von 03. Ausserdem seien $ 30 Mio. an nicht zurückzuzahlenden Beträgen übertragen worden, innerhalb des Programmes zur institutionellen und produktiven Stärkung des BIP. 11 Provinzen hätten sich schon dem Gesetz über Fiskalverantwortung angeschlossen, das die Ausgaben und die Verschuldung begrenzt.

***

Lavagna erklärte, er studiere ein Projekt, um die Sozialwerke von der Checksteuer zu befreien. Zunächst sei gestattet worden, 0,2 Punkte von den 0,6% bei Einzahlungen auf ein Konto mit der Gewinnsteuer zu verrechnen, und dann sei die Steuer für Übertragungen von einem Konto auf ein anderes des gleichen Inhabers abgeschafft worden.

***

Der Justizrat (Consejo de la Magisstratura) hat am Mittwoch die faktische Aufhebung der Gehaltserhöhung von 30% für die Richter beschlossen, die vom Obersten Gerichtshof verfügt worden war, indem kein Quorum bei der Sitzung erreicht wurde. Der Generalsekretär der Gewerkschaft der Justizbeamten, Julio Piumato, erklärte, diese Erhöhung müsse entweder für alle, also Richter und Beamten der Justiz, oder für niemand gelten.

***

Planungsminister De Vido gab eine Investition von $ 40 Mio. bekannt, um das Eisenbahnsystem im Hafen von Buenos Aires auszubauen, so dass die Züge die Ware direkt am Hafen abladen, statt in Retiro, von wo sie mit Lastwagen zum Hafen gebracht werden muss. Das stellt eine grosse Kostenverringerung dar und soll u.a. den Eisenbahnen erlauben, mehr Fracht anzuziehen. Ausserdem soll im Hafen eine Umladestation für Container errichtet werden. Jährlich findet am Hafen von Buenos Aires ein Umschlag von 170.000 Containern statt.

***

Die Frist für Einheitssteuerzahler, um die Bereitschaft der automatischen Belastung auf ihr Konto zu erklären, wurde vom 20. Dezember auf den 20. Februar verschoben. Denjenigen, die sich diesem System anschliessen, wird jährlich eine Monatsquote rückerstattet. Da das System jedoch erst ab August 04 gilt, wird es dieses Mal nur eine halbe Quote sein.

***

IBM kündigte an, in seinem Betrieb in Martinez, bei der Bundeshaupstadt, U$S 25 Mio. zu investieren, um die Infrastruktur für Dientsleistungen und Beratung zu erweitern, im Rahmen der Strategie von Lieferungen, die für jeden Kunden massgeschneidert sind. Dies bedeutet, dass die Belegschaft von 3.600 Personen um weitere 500 erhöht wird.

***

Die französische Supermarktkette Auchan, mit Lokalen in Avellaneda, La Tablada und Quilmes, wurde an die spanische Baufirma San José verkauft. Auchan besitzt auch in der Bundeshaupstadt, bei der Ausfahrt der Nordautobahn, ein Gelände von 66.000 qm. Dieses Jahr schliesst die Kette mit einem Umsatz von etwa $ 200 Mio. und einem nicht bezifferten Verlust ab. Allgemein geht es den Supermärkten in den letzten Jahren nicht gut. Es fehlt jetzt noch die Einzelanalyse („due dilligence"), um den genauen Preis festzusetzen.

***

Die Banken haben dieses Jahr der ZB etwa eine Milliarde Pesos zurückgegeben, so dass noch eine Schuld von $ 20,3 Mrd. verbleibt, die aus Vorschüssen stammt, die 01 und 02 vergeben wurden, um einen Zusammenbruch der Grossbanken zu vermeiden. Drei Viertel des Betrages konzentriert sich auf wenige Banken. Die Banken haben den Betrag mit Staatspapieren bezahlt, die verfallen sind und sich in ihrem Portefeuille befanden. Sie hatten beantragt, die Schulden allgemein mit Staatstiteln begleichen zu können, was jedoch abgelehnt wurde.

***

Die Regierung von Catamarca hat den Konzessionsvertrag für die

Wasserversorgung mit der spanischen „Aguas del Valle S.A." aufgehoben, die die Gegend des mittleren Tales der Provinz versorgt. Nächste Woche soll ein Abkommen mit der Firma unterzeichnet werden, wobei dann eine neue Ausschreibung für eine Konzession durchgeführt werden soll. Aguas del Valle muss noch verpflichtete Investitionen von $ 3,6 Mio. fertigstellen, wobei ihr jedoch auch eine Tariferhöhung von 20% zugestanden wird. Das Unternehmen hatte hoher Verluste erlitten, weil angeblich 80% der Kunden (die Provinzregierung meint, es seien „nur" 45%) die Rechnungen nicht bezahlten.

***

Die Getreidefirma NIDERA hat ein Abkommen mit Bayer abgeschlossen, um zwei Produkte dieser Firma für die Bekämpfung der „Roya-Krankheit" der Sojabohne zu vertreiben, die schon in Misiones, Corrientes und Chaco aufgetaucht ist. BASF, Syngenta, Dupont und Dow verkaufen auch Produkte für diesen Zweck. Letztes Jahr hat Brasilien wegen dieser Krankheit einen Schaden von U$S 1,3 Mrd. erlitten.

***

Die ZB hat im Dezember U$S 1,08 Mrd auf dem Devisenmarkt gekauft und fast die Hälfte davon (U$S 482 Mio.) für Zahlungen an den IWF aufgewendet.

***

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Vor dem Endspurt der Umschuldung

Schliesslich musste Wirtschaftsminister Lavagna klein beigeben und die Verhandlungen mit der Bank of New York wieder aufnehmen, damit letztere die Umschuldung von rund U$S 100 Mrd. abwickelt und als Treuhänder wirkt. Die Bank hatte, wie erinnerlich, auf den Vertrag verzichtet, weil sie einen späteren Termin als damals den 29. November für den Auftakt der Umschuldung, ferner höhere Honorare und eine juristische Absicherung gegen Rechtsklagen forderte. Vor über Monatsfrist willigte Lavagna nicht ein. Die Suche nach einer anderen Bank, die die komplizierten Aufgaben der Abwicklung und der Treuhand erledigen würde, erwies sich als nutzlos, so dass die gleiche Bank of New York wieder angesprochen wurde und deren Bedingungen angenommen werden mussten.

Ende der Vorwoche kündigte das Wirtschaftsministerium in einem Kommuniqué den Abschluss der Vertragsverhandlungen mit der Bank an. Wann der Vertrag rechtsgültig unterzeichnet wird, ist noch unbekannt. Letzteres ist Voraussetzung für die Billigung durch ein Dekret sowie die Mitteilung an die US-Wertschriftenkommission SEC, ebenso an gleiche Ämter in Deutschland, Italien, Luxemburg und Japan, damit die Umschuldung legal und normal über die Bühne laufen kann. Solange all diese Formalitäten nicht reibungslos erfüllt werden, bleibt der Termin des 17. Januar für den Beginn der Umschuldung in der Schwebe. Eine zweite Verlängerung darf in Hinblick auf mögliche bürokratische Hindernisse nicht ausgeschlossen werden.

Wickelt sich alles wie geplant ab, trotz Feiertage zu Weihnachten und Neujahr mit entsprechenden kurzen Winterferien im Norden, dann sollte die Umschuldung in die entscheidende Phase der sogenannten Akzeptanz treten. Das betrifft die Zustimmung der Bondsinhaber. Die Regierung begnügt sich mit rund 70% Akzeptanz, wogegen der Internationale Währungsfonds mit mindestens 80% rechnet. Der New Yorker Richter Griesa, dem umfangreiche Klagen der Bondsinhaber vorliegen, hat sich noch nicht ausgesprochen.

Die Geschäftsbanken, die die Regierung bei der Umschuldung unter Vertrag beraten (UBS, Schweiz, Barclays Capital, Grossbritannien, und Merill Lynch, Pierce, Fenner/Smith, USA) müssen sich bemühen, die Bondsinhaber zu überzeugen, dass das Angebot der argentinischen Regierung mit formellem Kapitalschnitt bis 75% für neue Diskont-Bonds, ferner weniger Kapitalschnitt für neue Quasi-Par-Bonds und keinen Kapitalschnitt für neue Par-Bonds, bei niedrigen Zinssätzen, langen Karenz- und Tilgungsjahren eine bessere Alternative ist, als warten zu müssen, bis allenfalls neue Verhandlungen bei geringer Akzeptanz günstigere Bedingungen ergeben oder Klagen vor Gericht erfolgreich verlaufen.

Jeder der vielen hunderttausend Bonds-Inhaber muss selber entscheiden, welche Alternative ihm günstiger erscheint. Die zahlreichen Banken, die die Bonds in ihren Portefeuilles verwalten, dürften ebenfalls ihre Meinung äussern, wenn sie von ihren Kunden gefragt werden, die sie um ihre diesbezügliche Empfehlung ansuchen. Die Banken kassieren eine Provision beim Umtausch und die drei beratenden Banken je ein Honorar.

Am Markt wird offenbar vorweggenommen, dass die Umschuldung mit hoher Akzeptanz über die Bühne laufen wird. Deshalb stiegen die Aktienkurse an der Börse von Buenos Aires nach der offiziellen Mitteilung über die Einigung mit der Bank of New York, ebenso die Preise der Bonds in Default, die leicht über 30% des Nominalwertes gehandelt wurden. Unterdessen ruhen die Gerichtsverhandlungen in New York in Erwartung der Akzeptanz der Umschuldung, die Richter Griesa möglicherweise beeinflussen wird, wenn er in Sachen Klagen gegen Argentinien wegen Default Recht sprechen wird.

Unmittelbar nach der Mitteilung über die Vertragseinigkeit mit der Bank teilte das statistische Amt Indec die Zahlen über die Auslandsschulden im dritten Quartal 2004 mit. Danach betrugen die Schulden der öffentlichen Hand (ohne private Verbindlichkeiten mit Auslandsgläubigern) am 30. September 2005 U$S 167,1 Mrd., um U$S 1,7 Mrd. mehr als Ende Juni. In diesen Zahlen sind freilich die nicht bezahlten Zinsen der Bonds in Default für U$S 1,1 Mrd. enthalten, ebenso die Nominalwerte dieser Bonds.

Nach der Umschuldung, sofern sie dank hoher Akzeptanz rechtsgültig wird, wird die Schuld um etwa U$S 40 Mrd. abnehmen, je nachdem wie viele Bondsinhaber die neuen Bonds Diskont und Quasi-Par annehmen mussten, weil ihnen der Zugang zu den Par-Bonds verschlossen worden war. Darüber wird man vermutlich gegen Mitte 2005 bei angenommener Akzeptanz der Umschuldung erfahren. Erst danach muss beobachtet werden, ob die gesamte Schuld der öffentlichen Hand in Argentinien weiter zunimmt wie vor der Umschuldung, oder ob es tatsächlich gelingt, eine weiteres Auswuchern der Staatsschulden zu verhindern und gegebenenfalls sogar eine Entschuldung in die Wege zu leiten, worüber in den letzten Wochen intensiv in der Öffentlichkeit diskutiert wurde.

Exportrekord 2004

Die Exportar-Stiftung hat die gesamten argentinischen Exporte für das Jahr 2004 auf U$S 33,5 Mrd. geschätzt, um 18% mehr als im Vorjahr. Bei einer Zunahme des BIP von etwa 8,5%, bedeutet dies eine Zunahme der Öffnung der Wirtschaft. Die Exporte erreichen jetzt 22% des BIP, fast so viel wie in Chile, während es in den Jahren der Konvertibilität etwa 10% waren. Diese Zunahme ist jedoch hauptsächlich durch die Änderung der relativen Preise bedingt: die Preise der exportierten Güter werden in Dollar berechnet und sind somit, auch wenn sie unverändert bleiben, um fast 200% höher als 2001, während die internen Preise seither um etwas über 50% zugenommen haben. Wenn sich der Wechselkurs wieder normalisiert, und der Peso nicht mehr so stark unterbewertet ist, wie es jetzt der Fall ist, nimmt somit der Exportkoeffizient automatisch wieder ab.

Die Exportzunahme ist jedoch im Wesentlichen durch höhere Weltmarktpreise und weniger durch höhere Mengen bedingt. In den ersten 10 Monaten entfielen von den 15% Exportzunahme 12 Punkte auf höhere Preise und nur 3 Punkte auf höhere Mengen. Dies verleiht dem Exportrekord einen labilen Charakter, da die Preise wieder sinken können, wenn die Welt in eine Rezessionsphase gerät, was nicht auszuschliessen ist.

Bei den Exporten hat der Mercosur einen Anteil von 19%, die EU von 18%, Asien von 16%, die NAFTA-Staaten (USA, Kanada und Mexico) von 14% u.a. von 33%. Der Export hat sich in den letzten Jahren stärker diversifiziert, wobei viele neue Märkte erschlossen oder ausgebaut wurden. Die Exporte nach den Mercosur-Staaten, vornehmlich nach Brasilien, sollten wesentlich höher sein, da noch viele Möglichkeiten bestehen, um brasilianische Importe aus Drittländern zu ersetzen. Nicht nur der Umstand, dass argentinische Produkte keinen Zoll zahlen, erleichtert den Zugang zu diesem Markt, sondern auch die geringeren Frachtkosten und die Möglichkeit der unmittelbaren Lieferung per Lastwagen. Der Umstand, dass der brasilianische Real jetzt leicht aufgewertet wurde und 2,61 zum Dollar steht, statt etwa 2,9, erleichtert argentinische Exporte.

Die Tatsache, dass die Exporte nach der EU höher als nach den NAFTA-Staaten sind, zeigt, dass ein Freihandelsabkommen mit der EU auf alle Fälle wichtiger als eines mit den USA ist. Die USA konkurrieren mit ihren Agrarprodukten mit argentinischen Exporten, während die EU ein natürlicher Käufer ist, umso mehr, wenn der beschlossene Abbau von Subventionen für die EU-Landwirtschaft entschieden durchgehalten wird.

Bei der Aufteilung der Exporte entfallen 35% auf Industrieprodukte landwirtschaftlichen Ursprungs (MOA, „Manufacturas de origen agropecuario"), die gegenüber dem Vorjahr um 23% gestiegen sind, also mehr als die 18% des Gesamtportes. An zweiter Stelle liegen reine Industrieprodukte (MOI, „Manufacturas de origen industrial") mit 26%, die gegenüber dem Vorjahr um 19% gestiegen sind. An dritter kommen Rohstoffe (aus Landwirtschaft und seit einigen Jahren immer mehr aus dem Bergbau) mit 21%, wobei hier die Zunahme nur 2% betrug. An vierter Stelle kommen Brennstoffe (Erdöl und Gas) und Strom mit 18%, mit einer Zunahme von 13%. Die starke Zunahme der Industrieprodukte landwirtschaftlichen Usprungs ist vorwiegend auf die Expansion der Ölindustrie zurückzuführen, so dass ein höherer Anteil der Sojabohnen und auch der Sonneblumen und der Erdnüsse, lokal verarbeitet wird.

Bei den reinen Industrieprodukten handelt es sich fast ausschliesslich um industrielle Commodities (Stahl, Aluminium, petrochemische Produkte, Holz, Zellstoff und Papier) und Kfz, die im Rahmen des kompensierten Austausches nach Brasilien geliefert werden. Man hätte erwartet, dass die Abwertung, die Löhne und Gehälter in Dollar auf ein Drittel verringert hat, zu Exporten von arbeitsintensiven Exportprodukten geführt hätte. Das war jedoch nicht der Fall. Den meisten mittleren und kleinen Unternehmern fehlt die Exportmentalität, so dass sie sich nicht einmal darum kümmern, ob sie überhaupt exportieren können. Dabei ist das Exportgeschäft nicht nur wegen des Wechselkurses günstiger geworden, sondern auch wegen des Kreditzuganges, der in diesen Fällen einfacher und grosszügiger ist. Indessen weisen Wirtschaftler, die den Fall studiert haben, auch darauf hin, dass die Unternehmen in Maschinen investieren müssten, um effektiv exportfähig zu sein, wobei sie jedoch angesichts der traditionellen argentinischen Unstabilität der Verhältnisse über die Zweckmässigkeit einer derartigen Entscheidung zweifeln.

Die Indexierungsproblematik

Das Konvertibilitätsgesetz von April 1991 hatte u.a. auch jegliche Indexierung verboten. Artikel 7 bestimmt, dass in keinem Fall eine monetäre Wertberichtigung, eine Indexierung gemäss Preisen, Kostenänderungen oder Zinseszinsen zugelassen wird, unbeachtet der Ursache, unabhängig davon, ob der Schulder sich in Verzug befindet oder nicht. Von jenem Gesetz wurde nur die Deckung der monetären Basis (Banknoten in Umlauf plus Depositen der Banken bei der ZB) in einem Verhältnis von eins zu eins abgeschafft, so dass das Gesetz irgend einen Kurs zulässt. Wenn die Deckung nicht ausreicht, um mindestens 70% mit Gold und Devisen zu decken, muss eben abgewertet werden. Somit bleibt auch die Klausel über das Indexierungsverbot weiter in Kraft, was einige Probleme schafft.

Auch die Klausel, die vorsieht, dass Verträge in anderen Währungen als der Peso (ursprünglich Austral) volle Gültigkeit haben, wurden beibehalten. Indessen wurde dies faktisch durch die Pesifizierung ausser Kraft gesetzt, die unlängst vom Obersten Gerichtshof gutgeheissen wurde, durch die dem Staat die Befugnis zugesprochen wird, Dollardepositen zu einem willkürlichen Wechselkurs in Pesos umzuwandeln. Somit könnte der Staat auch andere Verträge in Dollar, Euro oder Yen zu irgend einem Kurs in Pesos umwandeln, womit die Auswegsmöglichkeit über eine Fremdwährung eben faktisch nicht mehr besteht, oder auf alle Fälle sehr riskant ist.

Wirtschaftsminister Cavallo wollte damals auf diese Weise vermeiden, dass durch Indexierungen, wie sie in der inflationären Wirtschaft üblich waren, die vergangene Inflation sich weiter auswirke. In den ersten Monaten der Konvertibilität stiegen die Preise wegen der Trägheitswirkung ziemlich stark, wobei dies bei Indexierungen zu weiteren Preiserhöhungen geführt hätte, die die ganze Konvertibilität von Anfang an gefährdet hätten. Dabei hat das Arbeitsministerium dann auch die Indexierung als Grundprinzip bei Lohnverhandlungen durch das Produktivitätsprinzip ersetzt, so dass auch von dieser Seite nur noch vereinzelte inflationäre Wirkungen entstanden.

Durch die starre Bindung an den Dollar, der von der argentinischen Gesellschaft als stabile Währung anerkannt wurde, gab es auch keinen Bedarf nach Indexierungen. Dennoch hat Cavallo bei bestimmten Tarifen öffentlicher Dienste, die in Dollar ausgedrückt wurden, zugelassen, dass sie ausserdem mit dem Index der Produzentenpreise der USA indexiert würden, was in krassem Widerspruch mit dem Konvertibilitätsgesetz stand. Das wurde jedoch so ausgelegt, dass sich das Indexierungsverbot des Artikels 7 des Konvertibitätsgesetztes nur auf Australes (die damalige Währung, die dann durch den Peso ersetzt wurde) bezog, nicht aber auf Dollar u.a. Währungen, die nicht erwähnt werden.

Nach der Megaabwertung vom Januar 2002 wurde durch Notstandsdekret 1096/02 die Indexierung gemäss CER für Titel erlaubt, die vom Schatzamt und der ZB ausgegeben würden. Es handelt sich hier um die klassische Indexierung, da der CER den Index der Konsumentenpreise mit einer leicht verspäteten Wirkung widergibt. Ein Dekret darf ein Gesetz nur reglementieren, aber nicht ändern; in diesem Sinn sind die Notstandsdekrete verfassungswidrig. Dennoch wurden sie faktisch anerkannt und 1994 in der neuen Verfassung formell zugelassen, wobei bestimmte Materien ausgeschlossen sind und diese Dekrete binnen einer bestimmten Frist vom Parlament gutgeheissen werden müssen, was in der Praxis nicht geschehen ist. Somit könnte man diese Indexierung formell anfechten, weil diese Formalität nicht erfüllt worden ist.

Nun haben jedoch auch die Banken Fristdepositen gemäss CER indexiert, ohne eine rechtliche Grundlage zu haben. Diese Depositenverträge sind somit im Grunde illegal, da in diesem Fall nicht einmal ein Notstandsdekret besteht. Auch die neuen Bonds in Pesos, die beim Umtausch der defaultierten Staatsschuld angeboten werden, sind mit CER indexiert. Dies wurde durch das Notstandsdekret 1733/04 bestimmt, das voraussichtlich vom Parlament ratifiziert werden soll. Offensichtlich trauen die Banken diesen Notstandsdekreten nicht ganz, die formell erst durch diesen Schritt den vollen Status eines Gesetzes erhalten.

Nachdem wir jetzt wieder eine inflationäre Wirtschaft haben, stellt sich die Indexierungsproblematik allgemein. Dieses Jahr wird mit einer Zunahme des Indices der Konsumentenpreise von etwa 5,5% gerechnet, und 2005 auf alle Fälle mit einen höheren Prozentsatz. Ohne die Zwangsjacke der Konvertbilität ist zu erwarten, dass die Inflationsrate bei verbesserter Konjunktur und abnehmender Arbeitslosigkeit zunimmt, wobei auch ein Sprung nicht ausgeschlossen werden kann, bedingt durch einen plötzlichen Ansturm auf den Dollar u.a. Währungen, der den Kurs in die Höhe treibt.

Bei mittel- und langfristigen Verträgen, angefangen mit Mietverträgen, besteht jetzt keine rechtliche Möglichkeit des Inflationsschutzes. Dieses Problem stellt sich auch bei den Verhandlungen über die Tarife öffentlicher Dienste, bei denen eine langfristige Regel notwendig ist, um das Risiko bei Investitionen zu beschränken, die in 10, 20 oder mehr Jahren abgeschrieben werden. Die Gesetzesvorlage der Regierung sieht in dieser Beziehung Tarifanpassungen vor, die letztlich vom guten Willen der Beamten abhängen, die normalerweise unter politischem Druck stehen, um die Tarife nicht zu erhöhen. Das bedeutet, dass Investitionen nur möglich sind, wenn der Staat das Geld zur Verfügung stellt, oder es sich um Kredite der Weltbank oder der Interamerikanischen Entwicklungsbank handelt, bei denen die Regierung einer strikten Abwälzung der Zinsen und Amortisationen auf die Tarife zustimmt.

Gewiss sind Indexierungen gefährlich, weil sie die Inflation anheizen, so dass ein kurzfristiger Preisschub eine langfristige Welle in Gang setzt. Aber auf der anderen Seite erfordert die Wirtschaft eine Indexierungsmethode, um langfristige Verträge möglich zu machen, die in vielen Fällen unvermeidlich sind und allgemein stabilere Wirtschaftsverhältnisse schaffen. Ohne Indexierung müssen diese Verträge kurzfristig sein, wobei die Partei, die durch die Inflation geschädigt wird, jederzeit die Möglichkeit hat, vom Vertrag zurückzutreten. Das schafft Unsicherheit und ist auch nur in einigen Fällen möglich. Diese Problematik kommt immer mehr auf die Regierung zu, die gelegentlich eine Lösung finden muss, sei es durch Ausserkraftsetzung des Indexierungsverbotes, oder durch eine beschränkte Zulassung von Indexierungen.

PERSONALNACHRICHTEN

Hochzeiten

Paula und Marcus (Kico) Rissel, am 22.12.

Todesfälle

Margarita Behrendt, 86, am 11.12.

KAUFE VERSCH.
COMPRAS VARIAS

IVES compra adornos, cristalería, porcelanas, antigüedades, muebles, objetos varios, 4791-4287